

Energiewende mit Gas – schneller und preiswerter Klimaschutz Handlungsempfehlungen für die künftige Bundesregierung

- Deutschland hat sich im Bereich Energie- und Klimapolitik, insbesondere bei der Reduktion des Treibhausgasausstoßes ambitionierte Ziele gesetzt.
- Die Reduktion von Treibhausgasen in allen Sektoren ist auf die Nutzung von Erdgas und der entsprechenden Infrastruktur angewiesen.
- Die Nutzung der Gasinfrastruktur ist dabei eine besonders kosteneffiziente Option für die Sektorenkopplung und erhöht die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung.
- Im Stromsektor haben Gaskraftwerke die besten Voraussetzungen, gesicherte Leistung flexibel und CO₂-arm zur Verfügung zu stellen.
- Eine erfolgreiche Wärmewende sollte auf kosteneffiziente und technologie neutrale Förderprogramme und Investitionssicherheit für Wärmenetze setzen.
- Auch für eine nachhaltige Verkehrswende leistet Erdgas neben E-Mobilität bereits heute einen Beitrag. Alle Konzepte mit einem effizienten Beitrag zur Senkung des CO₂-Ausstoßes im Verkehrsbereich sollten anerkannt werden und in einem technologie neutralen Regulierungsumfeld ihre Potenziale entfalten können.
- Im Industriebereich gilt es, entsprechende energiepolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, um der Gefahr einer Verlagerung von industriellen Prozessen ins Ausland entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nicht zu gefährden.

Die Energiewende in Deutschland steht vor einer neuen politischen Weichenstellung. Vor 2013 war die Energiewende geprägt durch grundlegende politische Entscheidungen wie z. B. dem erneuten Kernenergieausstiegsbeschluss von 2011 aber auch von einem unerwartet dynamischen Ausbau der erneuerbaren Erzeugungsanlagen und den damit verbundenen nachgelagerten Netzproblemen. In der letzten Legislaturperiode lag das Augenmerk der Politik darauf, Fehlentwicklungen im Strombereich zu korrigieren und insbesondere im Hinblick auf Kostenentwicklungen und Netzausbau Anpassungen vorzunehmen. Eine zentrale Herausforderung ist dabei bisher unverändert geblieben: die Höhe der CO₂-Emissionen in Deutschland ist seit 2009 faktisch nicht gesunken. Dabei sollte die effektive, kosteneffiziente und technologieoffene Reduktion des Treibhausgasausstoßes die zentrale Leitwährung der Energiewende sein.

Eine künftige Bundesregierung muss nun den Fokus auf eine sektorenübergreifende Weiterentwicklung der Energiewende setzen. Dazu gehört auch, verschiedene Bereiche besser zu verzahnen und vor dem Hintergrund jüngster Technologie- und Marktentwicklungen mit den geringsten Kosten den CO₂-Ausstoß entscheidend zu senken. Für den Klimaschutz ist wichtig, dass die Emissionen möglichst kräftig und schnell reduziert werden, da aufgrund der langen Verweildauer in der Atmosphäre CO₂ über mehr als hundert Jahre wirkt. Daher sind Einsparungen bereits heute und in naher Zukunft besonders wertvoll. Dies ist dringend geboten, da ansonsten die Glaubwürdigkeit der Energiewende im In- und Ausland verloren geht und der Wirtschaftsstandort Deutschland Schaden nimmt.

Wir – die Unterzeichner – sehen die Notwendigkeit, dass eine künftige Bundesregierung dieses Thema systematisch angeht. Wir sind davon überzeugt, dass der Energieträger Gas und seine Infrastrukturen angesichts der Potenziale im Zusammenspiel mit Erneuerbaren Energien eine noch wichtigere Rolle bei der Ausgestaltung einer erfolgreichen Energiewende übernehmen können.

Sektorenkopplung mit Strom und Gas

Durch die intensive Diskussion über eine bessere Kopplung der verschiedenen Sektoren setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass Gas und die Gasinfrastrukturen in Deutschland enormes Potenzial anbieten können.¹ Bereits heute sind Gas und seine Infrastrukturen in der Lage, den künftigen Bedarf und damit die Kosten des Stromnetzausbaus zu mindern und Anpassungszwänge bei den Endanwendern abzuschwächen. Hierzu ist es jedoch nötig, Strom- und Gasnetze als integriertes Energieinfrastruktursystem zu begreifen und entsprechend miteinander zu verknüpfen. Eine solche Kopplung ist jedoch nur möglich, wenn die Strom- und Gasnetze sowie auch die Speicher gemeinsam geplant und koordiniert betrieben werden können. Aufbauend auf dem Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom 30. Juni 2017 empfehlen wir der künftigen Bundesregierung, folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Der ausschließliche Fokus auf eine sog. „All Electric Society“ verhindert eine volkswirtschaftlich kostengünstige und wachstumsorientierte Umsetzung der Energiewende.
- Die Nutzung der Gasinfrastruktur ist dabei eine besonders kosteneffiziente Option für die Sektorenkopplung und erhöht die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung.
- Eine intakte Gasinfrastruktur adressiert die Möglichkeit, schrittweise erneuerbares Gas systemisch zu nutzen und damit einen wichtigen Beitrag zur THG-Reduzierung zu leisten. Mit Nutzung der Gasinfrastruktur vermeiden wir teure „Lock-In-Effekte“, wie sie ein „All-Electric-Ansatz“ mit sich bringen würde. Es wird vielmehr ein fließender Übergang zu Erneuerbaren Energien ermöglicht.
- Die künftige Bundesregierung sollte noch in dieser Wahlperiode die bisher getrennte Netzentwicklungsplanung der Strom- und Gasnetze in eine gemeinsame Netzentwicklungsplanung überführen, um die planerischen Voraussetzungen für das Gelingen der Sektorenkopplung zu schaffen.

Vielfalt nutzen, um Treibhausgase zu reduzieren

Die Erneuerbaren Energien spielen eine zentrale Rolle bei der Reduktion von Treibhausgasen – dies aber nicht immer und überall. Sie brauchen starke und bezahlbare Partner. Gas ist ein solcher Partner. Zum Beispiel bei der Stromerzeugung: Gas und seine Infrastrukturen sind flexibel einsetzbar und bieten stets verfügbare Leistungen und Speichermöglichkeiten und können sehr gut auch in dezentralen Systemen eingesetzt werden. Mit dem Umstieg von Kohle zu Gas im Kraftwerksbereich halbieren sich im Durchschnitt die CO₂-Emissionen pro kWh, und das zu vergleichbar niedrigen Kosten. Eine stärkere Rolle von Gas in der Stromerzeugung ermöglicht daher gleichzeitig Fortschritte bei Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Stromversorgung. Daher muss das große Potenzial von Gas in der Stromerzeugung stärker genutzt werden. Schließlich hat die Diskussion der vergangenen Monate deutlich gemacht, dass eine mittelfristige Herausnahme von Kohlekraftwerkskapazitäten möglich erscheint, ohne dabei die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gefährden.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir folgende Maßnahmen im Stromsektor vor:

- Bei wachsendem Anteil volatiler erneuerbarer Energie wird gesicherte Leistung in Zukunft zum knappen Gut. Gaskraftwerke haben die besten Voraussetzungen, diese flexibel und CO₂-arm zur Verfügung zu stellen. Damit diese mittel- und langfristig die notwendige Flexibilität bereitstellen können, ist ein Strommarkt notwendig, der entsprechende Investitionsbedingungen schafft.

¹ Siehe dena Leitstudie, November 2017, sowie Frontier Economics: Der Wert der Gasinfrastruktur für die Energiewende in Deutschland, Oktober 2017 sowie: enervis: Klimaschutz durch Sektorenkopplung, März 2017.

- Da der ETS-Preis momentan keine ausreichende Lenkungswirkung entfaltet, sollte die künftige Bundesregierung prüfen, mit ihren Nachbarn einen abgestimmten wirksamen ETS-Mindestpreis im Stromsektor einzuführen, um so wirksam CO₂-Emissionen zu reduzieren. Für energieintensive Industrien, die auch viel Strom verbrauchen, ist hierbei jedoch ein ausreichender Carbon Leakage-Schutz zwingend erforderlich.
- Alle Netzausbauten sollten europäisch abgestimmt werden, d. h. auch Kapazitäten der angrenzenden Länder, sollten – sofern verfügbar – nutzbar sein.

Eine bezahlbare und effektive Wärmewende mit Augenmaß

Zusätzlich zu den bisherigen THG-Reduzierungen im Wärmemarkt müssen die CO₂-Emissionen weiter deutlich gesenkt werden. Dies kann aber nur dann sozial verträglich gelingen, wenn die entsprechenden Kosten hierzu für alle Beteiligten akzeptabel sind. Gas und Gasnetze in Verbindung mit Wärmenetzen können auch hierbei mit ihren – zunehmend erneuerbaren – Potenzialen auf absehbare Zeit eine wichtige Rolle spielen. Um schnelle Erfolge bei der CO₂-Einsparung zu erzielen, sollten die Potenziale von effizienten Heiztechnologien auf Gasbasis und moderne Gebäudeautomatisierung genutzt werden. Durch kostengünstige Treibhausgasminde rung im Gebäudebereich würde die gesellschaftliche Akzeptanz spürbar gefördert.

Um die Klimaziele bis 2030 im Wärmesektor erreichen zu können, fordern wir eine künftige Bundesregierung auf, folgende Punkte zu adressieren:

- Förderprogramme im Wärmemarkt technologieneutral an der höchsten CO₂- und Energieeinsparung pro investiertem Euro ausrichten.
- Eine unter CO₂-Gesichtspunkten optimale Kopplung von Gas und Erneuerbaren Energien muss unter Berücksichtigung der Primärenergiefaktoren weiterhin möglich bleiben.
- Verbesserte Rahmenbedingungen für die Nutzung gasbetriebener KWK über das Jahr 2023 hinaus, auch im Rahmen des KWK-G.
- Wärmenetze bilden eine wichtige Komponente einer klimagerechten Wärmeversorgung, besonders auch in Ballungsräumen. Die Rahmenbedingungen müssen ihren Erhalt sowie Nachverdichtung, Erweiterung und Neubau sicherstellen.
- Analog dem „1000 Dächer Programm“ eine adäquate Anzahl von Power-to-X-Anlagen zu ermöglichen, damit weitere großtechnische Erfahrungen gesammelt werden können.

Mobilität sichern – CO₂ reduzieren

Die momentane Situation im Verkehr zeigt zweierlei: zum einen fehlt es seit Jahren an einer absoluten Reduktion der Treibhausgase und zum zweiten stehen mehrere alternative klimaschonende Technologien zur Verfügung, um den Treibhausgasausstoß zu reduzieren. Neben der batteriebetriebenen Elektromobilität zählen hierzu Mobilitätslösungen auf Basis von Wasserstoff sowie Erdgas/Biogas inklusive CNG/LNG/LBG/LPG (Compressed Natural/Liquefied Natural/Liquefied Bio Gas/Liquified Petroleum Gas). Um verlässliche Antworten für alle Mobilitätsnotwendigkeiten zur Verfügung zu stellen, ist es für uns entscheidend, dass die alternativen Antriebs-technologien ihre Potenziale entfalten können. Daher halten wir für eine tragfähige Verkehrswende folgende Punkte für essenziell:

- Erdgas als Säule für nachhaltige Mobilität steht heute zur Verfügung. Die dadurch erreichbaren THG-Minderungen sollten schnellstmöglich von der künftigen Bundesregierung anerkannt und in den europäischen wie nationalen Regelwerken berücksichtigt werden.
- Technologieoffene Ansätze im Rahmen der Verkehrswende verfolgen, die den unterschiedlichen Mobilitätsbedarfen von heute und morgen Rechnung tragen.

- Rahmenbedingungen zu schaffen, die es alternativen Konzepten und Technologien zur Elektromobilität auch ermöglichen, ihre Potenziale für die nachhaltige, bezahlbare und umweltschonende Mobilität von morgen zu entfalten.
- Den Aufbau einer LNG-Infrastruktur zu fördern.
- Einen Rahmen zu schaffen, der es Unternehmen mit leichtem Lastverkehr (z. B. Paketdienste oder Lebensmittelketten etc.) vereinfacht, ihre Fahrzeugflotten, die tagtäglich durch die Innenstädte fahren, auf CNG-Mobilität umzurüsten.
- Bedingungen zu schaffen, die insbesondere im Schwerlastverkehr und ÖPNV einen Umstieg auf LNG oder Wasserstoff ermöglichen.

Wirtschaftsstandort Deutschland nachhaltig sichern

Mit fast der Hälfte des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland hat der Industriesektor eine herausragende Bedeutung für das Gelingen der Energiewende. Fakt ist: Erdgas ist in verschiedenen industriellen Produktionsprozessen (z. B. in der Glas- oder Aluminiumindustrie sowie in der Nahrungsmittel-, Chemie- und Papierindustrie) als Brennstoff so in die Prozesse integriert, dass ein Ersatz durch andere Brennstoffe oder Strom auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Zudem wird Erdgas in der chemischen Industrie als unverzichtbarer Rohstoff stofflich verwendet.

Aus unserer Sicht hat Deutschland das Potenzial, sich auch im Rahmen der Energiewende als wirtschaftlich starker Industriestandort zu positionieren und dabei zugleich eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz zu übernehmen. Beispielsweise könnten bei den CO₂-intensiven Industrie- prozessen durch CCU/CCS Reduktionspotenziale realisiert werden. Hierzu ist es aus unserer Sicht erforderlich, dass die künftige Bundesregierung

- die Chancen, die sich durch die Energiewende für den Wirtschaftsstandort Deutschland ergeben, konsequent nutzt und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit stärkt,
- entsprechende energiepolitische Rahmenbedingungen schafft, um der Gefahr einer Verlagerung von industriellen Prozessen ins Ausland entgegenzuwirken,
- bei der Entwicklung möglicher Lösungsansätze zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Industriesektor auch die Stakeholder aus der industriellen Energiewirtschaft aktiv mit einbezieht.

Wir – die Unterzeichner – bekennen uns zum Industriestandort Deutschland, zu den Klimaschutzzielen und zur Versorgungssicherheit. Mit unserer langjährigen energiewirtschaftlichen Erfahrung stehen wir als konstruktiv mitgestaltende und verlässliche Ansprechpartner zur Verfügung.

22. Januar 2018

Bayerngas GmbH | DEA Deutsche Erdoel AG | Deutsche Shell Holding GmbH
 EnBW Energie Baden-Württemberg AG | EWE AG | ExxonMobil Central Europe Holding GmbH
 GASCADE Gastransport GmbH | Gas-Union GmbH | GasVersorgung Süddeutschland GmbH
 ONTRAS Gastransport GmbH | Open Grid Europe GmbH | Siemens AG | Statoil ASA | Uniper SE
 VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft | Wintershall Holding GmbH